

DeutschlandRadio
DEUTSCHLANDFUNK
Abt. Hintergrund
Gode Japs

"Hintergrund Politik"
Mittwoch, den 20.03.1996
18:15 - 19:00 Uhr

Der Streit um die Aussiedler-Politik

Eine Sendung von Gerhard Schröder
Redakteur am Mikrofon: Gode Japs

1. Sprecher: Jochen Breiter
2. Sprecher: Karen Breiter

Guten Abend, meine Damen und Herren,

seit einigen Wochen wird die Aussiedler-Politik wieder diskutiert. Oskar Lafontaine hat die Debatte ausgelöst. Die Position des SPD-Vorsitzenden: Angesichts von sechs Millionen fehlenden Arbeitsplätzen und zwei Millionen fehlenden Wohnungen sei es "verantwortungslos", weiterhin jährlich gut 200.000 Aussiedler nach Deutschland zu holen. Auch im Interesse der Betroffenen müsse die Zuwanderung "vernünftig begrenzt und gesteuert werden". Nach einer Emnid-Umfrage denken 72 Prozent der Bundesbürger in diesem Punkt wie der SPD-Chef. Nicht so der Bundeskanzler. Helmut Kohl will, daß weiterhin jährlich bis zu 220.000 Aussiedler in Deutschland aufgenommen werden. Die Quote sei erst vor wenigen Jahren festgelegt worden. Eine erneute Einschränkung würde nur dazu führen, daß Hunderttausende Aussiedler, die bereits auf gepackten Koffern saßen, sofort nach Deutschland kommen würden. Über die Integration von Aussiedlern, ihre Probleme und deren Ursachen - eine Sendung von Gerhard Schröder:

Hintergrund Politik
Redakteur: Gode Japs
Thema: Aussiedler
Autor: Gerhard Schröder
Länge: ca 18.30 Minuten

Sprecher 1

Mit großen Hoffnungen kamen Friedrich und Olga Ruff mit ihrem Sohn Alexander vor zwei Jahren nach Belm, eine kleine Gemeinde in Niedersachsen. In ihrer alten Heimat in Kasachstan waren sie nicht mehr erwünscht. Seit die ehemalige Sowjetrepublik die Unabhängigkeit erlangt hat, wird das Leben für die deutsche Minderheit dort immer unerträglicher. Die meisten Verwandten und Bekannten waren schon weg, als sich Friedrich Ruff und seine Familie auf den Weg machten:

Take 1, Olga Ruff:

Uns haben sie immer Faschisten genannt. Ist noch vom Krieg so. War bis zum letzten so. Haben immer gesagt: Deutsche gehen nach Deutschland und Russen gehen auch raus aus Kasachstan. Wollen selbst in Kasachstan bleiben die Kasachen.

Sprecher 2

Traumatische Erinnerungen wurden wach bei Friedrich und Olga Ruff. Vor über fünfzig Jahren, nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, wurden sie vom Kaukasus nach Kasachstan vertrieben, weil ihre Vorfahren Deutsche waren. Stalin rächte sich an den schon seit Generationen in den Sowjetrepubliken ansässigen Deutschen und deportierte sie nach Sibirien oder Kasachstan.

Take 2, Friedrich Ruff:

Ich bin aus Dorf in Kaukasus. Als Krieg anfang, da haben sie uns Deutsche auf Schiff und Zug und dann nach Kasachstan. Mir wissen nicht, wo ist unsere Heimat. Vielleicht Deutschland. Unsere Großeltern waren aus Deutschland. Wir sind doch von hier. Und das ist unsere Heimat: Deutschland. Ich bin froh, daß ich hergekommen bin, und ich will nie wieder zurück.

Sprecher 1

In Deutschland will die Familie Ruff eine neue Heimat finden. Doch die Rückkehr in das Land der Vorfahren gestaltet sich schwierig. Sie haben keine Arbeit und sind auf staatliche Hilfe angewiesen. In Kasachstan waren sie Deutsche, die Einheimischen im niedersächsischen Belm betrachten sie als Russen - und das ist durchaus kein Kompliment. Die Zeiten, da die Aussiedler aus Osteuropa mit offenen Armen empfangen wurden, sind längst vorbei.

Sprecher 2

Belm ist eine Kleinstadt am Rande von Osnabrück. Am Ortseingang, nur ein paar Meter von der Fußgängerzone entfernt, ragen schmucklose Wohnsilos in den Himmel, die so gar nicht in die beschauliche Kleinstadtidylle passen. Sie wurden in den 60er Jahren für die britischen Soldaten gebaut, die hier stationiert waren. Vor drei Jahren zogen die Soldaten ab, und Aussiedler aus Rußland und Kasachstan wurden ^{hier} in die leeren Wohnungen einquartiert. Viele Einheimische machen seitdem einen großen Bogen um das triste Hochhausviertel.

Take 3: Ich glaube, gerade hier in Belm gibts viele Reibungspunkte. Das fängt an bei Gewalt an den Schulen und eben soweit, daß man, wenn's dunkel wird, nicht mehr allein über die Straße gehen will. (...) Das trifft ja nicht für alle zu, es sind ja immer nur ein paar wenige, die einem das Leben schwer machen, es gibt da auch nette drunter, habe ich auch kennengelernt, zum Beispiel im Sportverein.

Take 4, Fassantin:

Man wird halt angepöbelt. Und man hat aber auch viel Angst, wenn da welche auf der Straße stehen, mit nem Messer in der Hand, oder mit so Ketten durch die Luft wirbeln, daß man da nicht dran vorbeigehen mag, das ist doch klar.

Take 5: Fassantin

Die Einbrüche haben zugenommen, liest man in den Zeitungen, da kriegt man doch ein bißchen Angst. Außerdem sollen die Immobilienpreise gesunken sein, durch die Ausländer. (...) Ich habe noch keine schlechten Erfahrungen gemacht, aber ich gehe doch mit gemischten Gefühlen, wenn ich abends um halb zehn über die Straße gehe.

Sprecher 1

Anfangs waren die Aussiedler aus Osteuropa hochwillkommen. 1986, als die ersten hundert Familien in Belm eintrafen, wurden die Neubürger feierlich begrüßt, deutsche Patenfamilien halfen bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Doch mittlerweile ist die Stimmung gekippt, das Aussiedlerviertel ist in Verruf gekommen. Jugendliche, die vor den Häusern herumstehen, werden mißtrauisch beäugt, allenthalben wird von Drogen- und Alkoholproblemen berichtet.

Sprecher 2

Allzusehr hat der Zuzug der Aussiedler das Leben in Belm durcheinander gebracht. In den vergangenen drei Jahren kamen über 2000 Rußlanddeutsche in die niedersächsische Gemeinde, mittlerweile beträgt der Anteil der Aussiedler ^{an der Gesamtbevölkerung} in Belm 13 Prozent. Die meisten sprechen kaum deutsch. Viele haben Probleme, sich in der neuen Welt zurecht zu finden. Sie leben isoliert von den Einheimischen wie in einem Ghetto, ohne Perspektive, ohne Arbeit und auf Sozialhilfe angewiesen.

Sprecher 1

Das größte Problem ist die Sprache. Selbst nach dem sechsmonatigen Sprachkurs, den alle Neuankömmlinge besuchen, können die meisten sich nur mit Mühe auf deutsch verständigen. Johanna Lagemann, Sozialpädagogin und Mitarbeiterin der katholischen Kirche in Belm:

Take 6, Lagemann: Cassette 3, Seite A, Belm, 30:

Nach sechs Monaten kommen die zu uns in die Sprachkurse, weil das nicht gereicht hat. Teilweise können die Leute noch keine Sätze bilden. Sie haben ganz große Hemmungen zu sprechen, und dann lernt man es überhaupt nicht. Die gehen in Geschäfte, wo man kein Wort sagen muß. Eine Frau hat mir gesagt, wenn eine Verkäuferin kommt, und mich anspricht, dann lauf ich ganz schnell weg. So groß sind die Hemmungen, auch nach einem Sprachkurs noch.

Sprecher 2

Unnähin ist es schwierig, in Belm eine Arbeit zu finden. Ohne gute Sprachkenntnisse ist es nahezu unmöglich. Der Großteil der Aussiedler hat keinen Job. Über die Hälfte, sagt Karl Diekmann, der Leiter des Sozialamtes, ist auf Sozialhilfe angewiesen. Die Folge: Die Sozialausgaben der Gemeinde haben sich in den vergangenen zwei Jahren verdreifacht.

Take 7, Diekmann, 510:

Sozialhilfekosten von 3 Millionen in 1993 auf über 9 Mio. 1995 angestiegen. Mußten neue Schule und Kindergarten bauen. Mußten Gesamtschulden in Höhe von 19 Millionen aufnehmen, Gesamtetat beträgt 32 Mio. Das ist schon eine ganze Menge. (...) Durch fehlende Zuschüsse von Bund und Land, Haushalt 1995 erstmals nicht mehr ausgeglichen.

Sprecher 1

Der Zuzug der Aussiedler hat Belm an den Rand des finanziellen Ruins gebracht. Denn die Gemeinde mußte nicht nur die zusätzlichen Sozialausgaben finanzieren, sondern auch neue Kindergärten und eine neue Schule für die gewachsene Bevölkerung bauen. Die Gemeinde mußte Schulden aufnehmen und Ausgaben kürzen. So wurden in der Gemeindeverwaltung Stellen gestrichen und Zuschüsse an die Vereine gekürzt. Einen weiteren Zuzug von Aussiedlern, sagt Diekmann entschieden, kann die Gemeinde nicht mehr verkraften.

Take 8, Diekmann, 540 ??)

Wir sind jetzt schon am Limit, was den Gemeindehaushalt betrifft. Ich wüßte nicht, wie angesichts der vielen Einsparungen, die vorgenommen haben, wo wir noch sparen sollten. Ich denke, es wäre nicht mehr leistbar.

Sprecher 2

Etliche Kommunen in Niedersachsen haben gegen die weitere Zuweisung von Rußlanddeutschen protestiert. Bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres machten sieben Landkreise in der sogenannten Gifhorner Erklärung darauf aufmerksam, daß ihre Gemeinden angesichts leerer Kassen und hoher Arbeitslosigkeit keine weiteren

Aussiedler mehr aufnehmen könnten. Doch der Appell blieb weitgehend ungehört.

Sprecher 1

Der SPD gebürt das fragwürdige Verdienst, das Thema Aussiedler zum Wahlkampfthema hochgepuscht und damit in die Schlagzeilen gehievt zu haben. Im Vorfeld der Landtagswahlen am kommenden Sonntag in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ergriff der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine wiederholt die Gelegenheit, vehement eine Begrenzung des Zuzugs der Deutschen aus Osteuropa zu fordern.

Take 9, Lafontaine:

Jetzt, nachdem wir 3,5 Millionen Aussiedler aufgenommen haben, muß man fragen dürfen, ob das so weitergehen soll. 1 Million Erwerbstätige sind ins Land gekommen, das kann man bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage nicht mehr akzeptieren. (...) Die Aussage von Kinkel, 220 000 können wir aufnehmen, ist schlicht verantwortungslos.

Sprecher 2

Doch wieviele Aussiedler kann die Bundesrepublik Deutschland aufnehmen? 3,5 Millionen Aussiedler aus Osteuropa sind hier nach 1945 eingetroffen, weit über zwei Millionen kamen seit 1988. Pro Jahr, so haben es Regierung und Opposition 1993 im sogenannten Asylkompromiß festgelegt, sollen auch künftig 225 000 Aussiedler aufgenommen werden.

Sprecher 1

Allerdings denkt mittlerweile nicht nur die SPD laut über eine Begrenzung des Zuzugs von Aussiedlern nach. Noch vor Lafontaine forderte der Generalsekretär der CSU, Bernd Protzner, Ende Januar, die Zahl der Einwanderer aus Osteuropa zu drücken. Und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber machte mit der Bemerkung auf sich aufmerksam, es müsse in Zukunft strenger geprüft werden, ob die Aussiedler denn wirklich deutsch

len. Der Aussiedlerbeauftragte und Parlamentarische Staatssekretär der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, wehrt solche Überlegungen energisch ab:

Take 10, Waffenschmidt, 2.02.40:

Die Aussagen von Lafontaine sind gefährlich und unverantwortlich. Der Kompromiß muß gelten: 200 000 Aussiedler pro Jahr aufnehmen. Deutsche in Osteuropa können sich auf dieses Wort verlassen. (...) 2.06.10?: Wenn ich 200 000 Aussiedler durch 10 000 Gemeinden teile, kommen auf jede Gemeinde 20 Aussiedler pro Jahr. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Gemeinden überfordert sein können, wenn sie 20 Aussiedler aufnehmen soll.

Sprecher 2

Bei den Verantwortlichen lösen derart nonchalante Rechnungen zunehmend Verbitterung aus. Die Gemeinden fühlen sich vom Bund im Stich gelassen. Denn während sich die Bundesregierung öffentlich als großer Förderer der Aussiedler aufspielt, hat sie die anfangs großzügigen Eingliederungshilfen angesichts klaffender Lücken im Bundeshaushalt Schritt für Schritt zurückgefahren - und die Lasten schlicht den Gemeinden und Kreisen überlassen. Ein Beispiel:

Sprecher 1

Der Bund hat die Sprachkurse für die Neuankömmlinge seit 1990 von 15 Monaten auf fünf Monate verkürzt. Mit fatalen Folgen: Denn die Sprachkenntnisse der Einwanderer aus Osteuropa sind heute schlechter als Anfang der 90er Jahre. Notwendig wären also großzügigere Hilfen, um den Aussiedlern den Einstieg auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern, stattdessen wurden die Gelder jedoch gekürzt.

Take Schütz, 11, 62:

Die ersten Tage waren sehr schlimm (...) weil keine Fragen kann ich nicht stellen und ich habe Angst vor jedem, der mich etwas fragt. (...) Das wichtigste hier ist, die Sprache erst auslernen, weil wir müssen weiter hier leben. Und wenn Du Dich nicht kannst mit den Leuten elementar unterhalten, das ist die erste und größte Schwierigkeit hier.

Sprecher 2

Rosa Schütz kam vor vier Monaten nach Deutschland. Die 49jährige, die mit ihrer Familie in einem Übergangsheim 60 Kilometer östlich von Köln wohnt, ist täglich drei Stunden unterwegs, um einen Akademikersprachkurs in der Rheinmetropole zu besuchen.

Take Schütz, 12:

Ich habe 25 Jahre als Ärztin gearbeitet, und jetzt, als wir hierher gekommen sind, ist das unserer große Schwierigkeit. Vom ersten Tag sagen sie uns, daß keine Arbeit wir hier nicht finden werden, und das drückt auf dir.

Sprecher 1

Die Enttäuschung über die neue Heimat ist der Hals-, Nasen- und Ohrenärztin deutlich anzumerken. Einer der sich seit Jahren mit den Problemen der Einwanderung und Integration beschäftigt, ist der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade. Er führt die mangelnden Perspektiven der Einwanderer auf ein krasses Versagen der Politik zurück. Wenn man Einwanderung zulasse, so Bade, müsse man auch die Voraussetzungen dafür schaffen.

Take 13, Bade

Das falscheste, was man in dieser Situation überhaupt machen kann, ist das Hochhalten der Zuwandererzahlen und das Absenken der Eingliederungshilfen und das Delegieren der Opfer an die Sozialhilfe. Dann haben wir in den Kommunen enorme Probleme.

Sprecher 2

Dieser Zusammenhang dürfte auch dem Aussiedlerbeauftragten Waffenschmidt klar sein. Denn auch in seinem eigenen Wahlbezirk im Oberbergischen Kreis bei Köln gehen die Gemeinden mittlerweile auf die Barrikaden. Oberkreisdirektor Heribert Rohr:

Take Rohr, 14: 60

Der Bund hat sich auf schändliche Weise von der Finanzierung zurückgezogen. Gemeinden, die die Integration leisten müssen und sich auf die Zusagen verlassen haben, fühlen sich im Stich

gelassen. (...) (100 ??) Irgendwann kommt der Punkt, wo ein weiterer Zuzug nicht verantwortbar ist. Vor allem wenn diejenigen, die die Leute hierhin holen, nämlich die Bundesregierung, sich wie ein Vater, der ein Kind in die Welt gesetzt hat, vor dem Zahlen der Aliménte drückt. So hat sich nämlich der Bund verhalten.

Sprecher 1

Heribert Rohr will keine Panikmache betreiben. Doch wenn noch mehr Aussiedler kommen, so fürchtet der Verwaltungschef des Oberbergischen Kreises, wird die Eingliederung der fremden Deutschen noch schwieriger. Selbst wenn die Aussiedler die deutsche Sprache gut beherrschen und über gute Qualifikationen verfügen: Derzeit haben sie kaum eine Chance, einen Job zu finden, der Arbeitsmarkt gibt einfach nichts her.

Take Rohr, 15, 170:

Mittlerweile stellen die Leute fest, daß es nicht mehr geht, daß aufgrund von Verlelendung in den Übergangsheimen, wegen Arbeitslosigkeit und Abrutschen der Aussiedler in die Sozialhilfe auch Erscheinungen wie Alkoholismus, Verwahrlosung, verstärkter Hang zur Kriminalität, Bildung von Jugendbanden kommt. Das führt in der Bevölkerung dazu, daß man sagt, wir brauchen eine Verschnaufpause, es können keine neuen Leute integriert werden.

Sprecher 2

Und den Kommunen drohen neue Belastungen aus Bonn. Das Arbeitsministerium plant, das sogenannte Fremdrentengesetz zu ändern. Konkret bedeutet das: Die Rußlanddeutschen, die in Zukunft kommen, haben keinen Anspruch auf Altersgeld mehr, da sie in die Rentenkasse nicht eingezahlt haben. Die Folge: Sie sind auf Sozialhilfe angewiesen - und die zahlen die Gemeinden.

Sprecher 1

Immerhin: Inzwischen will die Bundesregierung zumindest die Verteilung der Aussiedler auf die Gemeinden besser steuern. Seit dem 1. März gilt: Wer nicht in die Gemeinde zieht, der er zugeteilt wurde, verliert den Anspruch auf Sozialleistungen. So soll

mindert werden, daß Gemeinden mit hohem Aussiedleranteil
weiteren Zuzug erhalten.

Sprecher 2

Ein Schritt in die richtige Richtung, sagen Kommunalpolitiker.
Allerdings ist das Gesetz äußerst problematisch, die frühere
Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger jedenfalls lehnt es
als verfassungswidrig ab: Schließlich seien die Aussiedler deutsche
Staatsbürger, mit welchem Recht dürfe der Staat also ihre
Bewegungsfreiheit einschränken?

Sprecher 1

Solche ungeklärten Fragen sind für den Osnabrücker Professor Klaus
Bade nur ein weiteres Indiz dafür, wie konzeptionslos die
Bundesregierung agiert. Der Migrationsforscher weiß, wie sensibel
das Thema ist. Ihm geht es um eine sinnvolle Steuerung des Zuzugs,
die für beide Seiten erträglich ist. Allerdings, eine Begrenzung
der Einwanderung, wie es etwa Oberkreisdirektor Rohr fordert, sei
so einfach nicht zu machen. Professor Klaus Bade:

Take 16, Bade: S. 0.

Wir können die Menschen nach derzeitiger Rechtslage nicht an der
Grenze abweisen. Es ist ein Legende, daß sie hier eingebürgert
werden müßten. Sie sind rechtmäßig Deutsche in dem Moment, in dem
sie Aufnahmebescheid bekommen. Sie müssen sich nur noch den Paß
abholen.

Sprecher 2

Nach Paragraph 116 des Grundgesetzes sind die Aussiedler aus
Osteuropa deutschstämmigen Staatsbürger, sie können also nicht
abgewiesen werden. Wollte man feste Quoten für die Einwanderung der
Aussiedler festlegen, so müßte die Verfassung geändert werden.

Take 17, Bade: 560:

Wenn man zu einer direkten Kontingentierung kommen will, dann muß
man die Verfassung ändern, das will ich ganz klar sagen. Denn diese

schon haben Anspruch darauf, hierher zu kommen. Wir machen
derzeit lediglich eine Kontingentierung der Aufnahmebescheide und
nicht eine Kontingentierung der Aussiedlerzuwanderung, das muß man
sehr genau unterscheiden. Man kann hier etwas tun. Aber Maxime muß
sein: Keine Panikmache auf beiden Seiten. Denn wenn dort Panik
ausbricht, dann könnte es an den deutschen Grenzen einige
Überraschungen geben.

Sprecher 1

Derzeit, so wird geschätzt, haben rund 500 000 Aussiedler einen
gültigen Aufnahmebescheid, bleiben aber vorerst noch in Rußland
oder Kasachstan. Viele von ihnen haben die brutalen Vertreibungen
durch Stalin in den dreißiger und vierziger Jahren noch in
Erinnerung. Und viele vertrauen darauf, daß ihnen das Tor nach
Deutschland offensteht, wenn die Lage unsicher wird. Doch ob sie
hier eine neue und sichere Heimat finden werden, ist durchaus
ungewiß.

Take 18, Ruff:

Mir wissen nicht, wo ist unsere Heimat. Vielleicht Deutschland.
Unsere Großeltern waren aus Deutschland. Wir sind doch von hier.
Und das ist unsere Heimat: Deutschland. Ich bin froh, daß ich
hergekommen bin, und ich will nie wieder zurück.

UNKORRIGIERTES MANUSKRIFT

DEUTSCHLANDFUNK
"COPYRIGHT"

Dieses Manuskript ist ein Kopierstück eines Originals, das
dem Sender der Funkstation zur Verfügung steht. Es ist
nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und darf nicht
verbreitet werden. Die Verbreitung dieses Manuskripts
ist strafbar. Die Verbreitung dieses Manuskripts ist
strafbar. Die Verbreitung dieses Manuskripts ist
strafbar.